

# Populismus als Chance

Liberale Demokratien lassen sich langfristig nicht gegen ihre eigenen Bevölkerungen verteidigen. Deren Kritik muss Gehör finden und in zukunftsfähige Politik umgesetzt werden.

Von Julian Müller-Kaler

Der Aufstieg populistischer Bewegungen im Westen erscheint auf den ersten Blick als transnationales Phänomen mit klarer ideologischer Verwandtschaft. Doch diese Lesart trügt. Die amerikanische MAGA-Bewegung, der französische Rassemblement National (RN), die britischen Brexiteers oder die AfD in Deutschland eint weniger ein übereinstimmendes Programm als ein gemeinsamer Resonanzraum. Ihre Akteure profitieren von systemischen Fehlentwicklungen, politischen Versäumnissen und einer anhaltenden Unfähigkeit etablierter Parteien, den Populismus nicht nur politisch zu bekämpfen, sondern analytisch zu verstehen. Die populistischen Bewegungen des 21. Jahrhunderts leben nicht von kohärenter Ideologie, sondern vom Misstrauen gegenüber Institutionen. Sie waren nie Bewegungen sui generis, sondern Symptome eines politischen und gesellschaftlichen Eskalationsprozesses, der die Zukunft westlicher Demokratien ganz grundsätzlich infrage zu stellen droht.

Liberale Gesellschaften befinden sich schon länger in einer paradoxen Lage:

Sie sehnen sich nach tiefgreifender Veränderung und fürchten zugleich deren Konsequenzen. Ein Spannungsfeld, das den Nährboden für populistische Mobilisierung bildet.

In den USA etwa war Donald Trump nie Ursache, sondern vielmehr Ausdruck sozial-gesellschaftlicher Entwicklungen, die lange vor seinem ersten Amtsantritt begannen und mit seiner zweiten Präsidentschaft keineswegs enden werden. Wer die Zukunft der amerikanischen Demokratie allein an der Figur des Präsidenten festmacht, verkennet die tektonischen Verschiebungen, die seinen Aufstieg ermöglichten: den Übergang von einer produktions- hin zu einer dienstleistungsbasierten Ökonomie, die Konsequenzen von Automatisierung und Globalisierung, den damit verbundenen Verlust traditioneller Lebensentwürfe und die kulturelle Entfremdung zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen.

Aus europäischer Perspektive wird Amerika aktuell gerne als warnendes Beispiel einer Demokratie beschrieben, die an einem Einzelnen zu scheitern droht. Doch



**Julian Müller-Kaler**  
ist Leiter des Programms für strategische Vorausschau beim Stimson Center in Washington D.C. und Associate Fellow bei der DGAP.

diese Erklärung ist bequem und falsch. Sie erkennt nicht nur den historischen Kontext, sondern auch die Tatsache, dass sich dieselben strukturellen Dynamiken in Europa beobachten lassen: eklatanter Vertrauensverlust in demokratische Institutionen, gesellschaftliche Polarisierung, soziale Abstiegsängste und institutionelle Selbstblockade. Populismus entsteht nicht an den politischen Rändern, sondern im Zentrum gesellschaftlicher Transformationskrisen. Die Wut auf „die da oben“ ist häufig sekundär; primär ist der Zweifel, ob das amtierende politische System noch in der Lage ist, Wandel gerecht zu gestalten. Populismus fungiert somit als Fieberthermometer der Demokratie – es misst die Temperatur, die etablierte Eliten nicht mehr regulieren können oder wollen.

Der Ausgangspunkt für ein tieferes Verständnis des Phänomens liegt dementsprechend in der Akkumulation unerfüllter gesellschaftlicher Erwartungen, zum Beispiel nach ökonomischer Sicherheit, nach echter politischer Teilhabe oder nach einem Rechtssystem, das nicht nur Partikularinteressen bedient. Wenn das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen erodiert, bildet sich eine rhetorische Trennlinie heraus, die den Status quo, die bestehenden Eliten oder andere populistische Feindbilder auf der einen Seite und die vermeintlichen Interessen des Volkes auf der anderen Seite positioniert.

Diese Dynamik schafft die Grundlage für die klassische populistische Dichotomie von „wir gegen die“. Populistische Rhetorik dient dabei als Vehikel zur Überwindung gefühlter politischer Ohnmacht. Sie transformiert individuelle Frustration in kollektive Selbstwirksamkeit. Anders gesagt, aus unerfüllten Erwartungen entsteht politische Energie, die sich gegen reale oder imaginäre Verursacher richtet. Die

zugrundeliegenden Forderungen können dabei inhaltlich stark voneinander abweichen oder sich sogar widersprechen; doch im Moment des gemeinsamen Widerstands verschmelzen sie zu einer einheitlichen Front, die die Gegenseite für jede Frustration verantwortlich macht. Es ist genau diese Amalgamierung verschiedenster Ungleichzeitigkeiten und Beschwerden, die ein enormes Mobilisierungspotenzial besitzt, das wirksam wird, wenn die Gegenüberstellung von Volk und Elite bereits gesellschaftlich aufgeladen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint Populismus – selbst wenn er sich transatlantisch vernetzt – nicht als kohärentes Projekt, sondern als Aggregationsmechanismus politischer Enttäuschungen. Erfolgreich wird er, wenn etablierte Parteien blind für die tieferen Ursachen dieser Enttäuschungen bleiben. Und genau hier liegt der Kern des westlichen Populismusproblems. Die Diagnose der etablierten Kräfte bleibt oberflächlich, moralisch und individualisiert – während die populistischen Bewegungen jene Konfliktlinien instrumentalisieren, die sich über Jahrzehnte zugespitzt haben.

### Von Hoffnung zur Wut

Gerade weil Populismus nicht zwingend destruktiv beginnt, wird er so häufig missverstanden. Barack Obama etwa trat 2008 als eine Art Populist der Hoffnung an – als Reformer, der die Legitimitätskrise der Politik erkannt hatte. Sein Wahlkampf gegen Hillary Clinton, ähnlich wie der von Donald Trump, war Ausdruck eines gesellschaftlichen Misstrauens, eines Gefühls, dass eine selbstreferenzielle Elite den Kontakt zu den gesellschaftlichen Realitäten verloren hatte und der politische Konsens in Washington zu viele Verlierer und zu wenige Gewinner produzierte. Emmanuel Macron ist ein weiteres Beispiel

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Der Populismus ist die politische Heimat derer geworden, die sich durch Globalisierung, technologischen Wandel und stagnierende Löhne abgehängt fühlen. Das Bild zeigt eine Mutter mit Sohn in West Virginia.*

für eine populistische Figur, die in ihrer Anfangszeit den intellektuellen Habitus eines Technokraten mit der Rhetorik eines Anti-Establishment-Erneuerers verband.

Die Idee, dass sich politische Systeme moralisch erneuern können, ohne Institutionen zu zerstören, erwies sich jedoch in beiden Fällen als eine Ambivalenz, die fast unauflösbar war. Ähnlich wie Obama mobilisierte Macron gegen das Establishment, das er inzwischen selbst verkörpert. Und obwohl beide dieselbe Unzufriedenheit mit den politischen Eliten und korrupten Institutionen artikulierten, blieben ihre Präsidentschaften doch administrativ, rational und vorsichtig. Macron und Obama wirkten damit wie Repräsentanten jener politischen Kontinuität, gegen die sie zuvor zu Felde gezogen waren. Die von ihnen gebrachte Veränderung, gerade in sozioökonomischer Hinsicht, war unzu-

reichend für eine Gesellschaft, die sich nach greifbarem, systemischem Wandel sehnte. Ihr Vertrauen in Verfahren, Expertise und technokratische Vernunft konnte weder auf der einen noch auf der anderen Seite des Atlantiks die emotionalen Brüche der jeweiligen Gesellschaften heilen, und die populistische Rhetorik der Hoffnungsträger Obama und Macron mündete fast zwangsläufig in Trumps und Le Pens Populismus der Wut.

Die MAGA-Bewegung in den USA, die AfD in Deutschland, der RN in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden und Nigel Farage in Großbritannien verkörpern diese zweite, brutalere Phase populistischer Rhetorik und Politik: Polarisierung als Machttechnik, Empörung als Identität, Misstrauen als politisches Kapital. Doch ihr Erfolg speist sich weniger aus einer gemeinsamen Ideologie

als aus sozialpsychologischer Resonanz. Denn die Wählerbasis der neuen Rechten hat sich im Zeitalter des Populismus fundamental verschoben: weg vom konservativen Mainstream, hin zu ehemaligen Industriegebieten. Der Populismus ist die politische Heimat eben jener geworden, die sich durch Globalisierung, technologischen Wandel und stagnierende Löhne abgehängt fühlen. Nach Jahren der enttäuschten Hoffnung vermeintlich linker Politik geben ihnen die populistischen Bewegungen heute das Gefühl, wieder gesehen zu werden, nicht mehr nur als Opfer, sondern als politische Akteure.

Ein Blick in die USA belegt das: Laut einer Studie des Brookings Metropolitan Policy Program gewann Kamala Harris 2024 weniger als ein Fünftel aller US-Landkreise. Doch diese repräsentierten 62 Prozent des BIP. Noch deutlicher waren die Muster nur 2020 und 2016. Ökonomische Leistungsfähigkeit und politische Unterstützung driften vermehrt auseinander. Ein Prozess, der auch in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien zu beobachten ist. Wo immer wirtschaftliche Dynamik räumlich konzentriert ist und sozioökonomische Ungleichheit wächst, gedeiht politischer Radikalismus.

### **Fieberthermometer der Demokratie**

Eines der zentralen Missverständnisse im Umgang mit Populismus lautet deshalb: Populisten seien das Problem und stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Tatsächlich sind sie vor allem Symptom gesellschaftlicher Eskalationsprozesse. Populistische Rhetorik verschwindet nicht, indem man sie moralisch delegitimiert, sondern indem man ihre Ursachen ernst nimmt. Dass große Teile des Establishments diesen Unmut nicht mehr als berechtigte Kritik, sondern als Zumutung ihrer Privilegien empfinden, ist ein

intellektuelles Armutszeugnis liberaler Politik. Und solange die Repräsentanten etablierter Parteien gesellschaftliche Ungleichheiten, kulturelle Entfremdungen und institutionelle Blockaden nicht ernsthaft angehen, überlassen sie das politische Terrain jenen, die auf Zerstörung aus sind.

Die meisten populistischen Bewegungen scheitern nicht an ihrem Aufstieg, sondern an ihrer Ohnmacht, sobald es um Gestaltung geht. Sie leben von der Wut, nicht vom Willen zur Erneuerung. Trumps Präsidentschaft ist hierfür exemplarisch: Sie kann Institutionen zwar delegitimieren, aber kein System neu ersetzen. Dasselbe gilt für die AfD, den RN oder für Teile der Brexit-Architekten. Die Kohärenz dieser Bewegungen liegt im Protest, nicht in ihrer Ideenwelt. Demokratien überleben nicht durch den Triumph über den Populismus, sondern durch die geduldige Kunst, ihn auszuhalten und zu verstehen. Populistische Rhetorik zeigt, wo politische Repräsentation versagt, wo Vertrauen erodiert und wo eine Gesellschaft den Glauben an die Zukunft verliert. Er zwingt liberale Demokratien dazu, ihre Grundlagen neu zu justieren und das Versprechen auf gesellschaftliche Teilhabe neu zu verhandeln.

Nur wenn Demokratien lernen, diese Signale zu deuten, können sie gestärkt aus Krisen hervorgehen. Populismus verschwindet nicht durch Empörung, sondern durch politische Wirksamkeit. Seine größte Schwäche ist seine Unfähigkeit, den Moment der Zerstörung in einen Moment der Erneuerung zu überführen. Und genau darin liegt die Chance, nämlich eine Vision politischer Zukunftsfähigkeit zu formulieren, die den Fortschritt wieder für alle plausibel macht. Denn eines ist sicher: Liberale Demokratien lassen sich langfristig nicht gegen ihre eigenen Bevölkerungen verteidigen. **IP**